



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Newald, Julius von: Ignaz Kuranda in seiner politischen Wirksamkeit : zu
seinem hundertsten Geburtstage am 1. Mai 1912

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ignaz Kuranda in seiner politischen Wirksamkeit

Zu seinem hundertsten Geburtstage am 1. Mai 1912

Von Dr. Julius von Newald-Mell A. = Ö.



Der Name des Prager Antiquarssohnes, dem das metternichsche Österreich zu enge geworden, hatte schon guten Klang, als Kuranda im Jahre 1842 die von ihm begründeten „Grenzboten“ von Brüssel nach der Metropole des deutschen Buchhandels verlegte. Vierzig Jahre später hat Eduard Herbst, der trotz seiner Fehler hochverdiente Führer der liberalen Deutschen in Österreich, es betont, was die „grünen Hefte“ in den der Revolution vorangehenden Jahren bedeuteten: daß sie den Österreichern über die Grenze herein Kunde brachten von deutschem Wesen, daß sie von Leipzig her über die Unhaltbarkeit der österreichischen Zustände aufklärten, daß sie zur Hebung dieses Bewußtseins unter der deutsch-österreichischen Jugend ebensoviele beitrugen wie Anastasius Grün's „Spaziergänge eines Wiener Poeten“. So ist Kuranda mit seiner innerhalb der schwarzen Grenzpfähle aufs strengste verpönten und eben deshalb um so eifriger geschwätzten und um so begieriger gelesenen Zeitschrift ein gefährlicher und erfolgreicher Kämpfer gegen das „System“ geworden. Von allem Radikalen hat er sich, damals wie später, streng ferngehalten. Aber selbst sein gemäßigter Liberalismus galt den Wiener Machthabern des Vormärz etwa identisch mit dem heutigen Begriffe des Anarchismus.

Der Ton, in dem Ignaz Kuranda einen Absolutismus bekämpfte, der erst durch sterile und vertrocknete Stabilität in der Verwaltung sein eigentliches, trostloses Gesicht erhielt, war immer vornehm. Dies entsprach der hohen literarischen und ästhetischen Bildung des Mannes. Mit seiner „Weißen Rose“

hatte er dramatische Erfolge erzielt; seine „Geschichte Belgiens seit der Revolution“ hatte die Anerkennung wissenschaftlicher Kreise gefunden. Zuvörderst ist es aber doch der Publizist in Kuranda, der seinen dauernden Wert ausmacht: der politische Schriftsteller, dem selbst der erkonservative Helfert das Beiwort des Geistreichen und Gebiegenen nicht versagte. Es war der unermüdlische, mit dem Worte und mit der Feder gleich vertraute, welterfahrene Zeitungsmann, der sich nachher in einen der gewandtesten Parlamentarier umwandelte, die Österreich jemals besessen hat. In seiner Kleidung und seinen Manieren stets ebenso tadellos wie in seinen Artikeln, höchst anregend in der Unterhaltung hat er es zeit lebens verstanden, literarische und politische Bekanntschaften in größter Zahl zu sammeln und für seine über den trivialen Egoismus hinausgehenden Zwecke zu verwerten. Noch als junger Wiener Theaterrezensent war er mit Lenau, Grün, Palm, Castelli u. a. in Berührung gekommen, später in Stuttgart mit Uhland und den schwäbischen Dichtern, Robert Mohl, David Friedrich Strauß, Cotta u. a., in Brüssel mit dem Minister Rothomb und dem flämischen Dichter Hendrik Conscience. An den Grenzboten arbeiteten zu seiner Zeit Deutsche wie Laube, Kühne, Lewald, Österreicher wie Moriz Hartmann, Alfred Meißner, Egon Ebert u. a., nebst einer langen Reihe österreichischer Aristokraten, die dem Regime Metternich ständische Opposition machten.

In Leipzig duldete es den rastlosen Journalisten nie lange. Nach Paris, Berlin, Wien, Italien fuhr er, um Informationen und Verbindungen zu gewinnen; und in diesem gewiß nicht böse gemeinten Sinne spricht Lewald gelegentlich von Kurandas gußeiserner Zudringlichkeit. Wenn dieser neben seiner redaktionellen Tätigkeit in Leipzig noch Zeit fand, philosophische Kollegien zu hören und das Doktordiplom zu erlangen, waren doch die Grenzboten in diesem Abschnitte seines Lebens der erste und der letzte Gegenstand seiner zärtlichen Sorge. Von ihnen sprach er am liebsten. „Man konnte es ihm auf dreißig Schritte ansehen,“ schreibt Meißner, „wenn wieder einmal eine Feder ersten Ranges ihm ein Manuskript eingeschendet hatte. Dann trug er sein Haupt mit besonderem Schwünge, die Hand führte noch fester als sonst das zierliche Stäbchen, die Augen strahlten von stegreichem Feuer.“ Eine in liebenswürdige Formen gekleidete Energie und ein lebhaftes geistiges Temperament haben wohl auch bei dem späteren Politiker Kuranda manchmal ersetzt, was ihm an Tiefe fehlen mochte.

Kurandas Tätigkeit bei den Grenzboten ist in diesen Blättern wiederholt besprochen worden.*) Hier möge seine politische Wirksamkeit im engeren, parlamentarischen Sinne überblickt werden. Sie begann im Revolutionsjahre. Als die Wiener Märzbewegung ausgebrochen und mit jugendlichem Ungeftüm

*) Vgl. u. a. den Aufsatz von Grunow „Fünzig Jahre“, 1891 in Nr. 40 der Grenzboten. — „Sie verdankten ihm ihre Bedeutung und er ihnen den guten Klang seines Namens,“ schreibt Burzback in seinem biographischen Lexikon, das ebenso wie die Allgemeine Deutsche Biographie Kurandas Bedeutung ausführlich würdigt.

zum Erstaunen von ganz Europa ein scheinbar auf Fels gegründetes System überrannt hatte, ging Kuranda nach der österreichischen Hauptstadt, wohl fühlend, daß jetzt nur dort sein Platz sein könne. Das in Jubel schwimmende Wien, die Aula zumal, empfing den Landsmann, der so lange für das nun Errungene gekämpft hatte, mit lauter Freude. Damals sollte Kuranda die Leitung eines großen, auf Aktien zu gründenden Journals „Die Reform“ übernehmen, lehnte aber ab, weil ihm die geplante Tendenz allzu gemäßigt erschien, er auch für sich nicht die Gewähr völliger Unabhängigkeit erblickte. Er wurde in die Deputation gewählt, die das sogenannte Frankfurter Vorparlament zu begrüßen ging; er war Mitglied des Fünfziger Ausschusses, der die Einberufung des wirklichen Parlaments vorbereitete. Bezeichnend für die Widersprüche, in die Österreichs Deutsche bei aller echten schwarz-rot-goldenen Begeisterung von Anfang an gerieten, ist, daß Kuranda in Frankfurt weniger die Rechte der Deutschen in Österreich als ihre Pflichten gegen die nichtdeutschen Nationen des Habsburgerreiches betonte, daß er diesen die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität durch die künftige deutsche Reichsverfassung verbürgt wissen wollte — ein altruistisch-kosmopolitischer Idealismus, den sich die österreichischen Deutschen seither allmählich abgewöhnen mußten.

Der Wahlkreis Teplitz in Böhmen wählte Kuranda in jene Versammlung, in der zum ersten und zum letzten Male das gesamte deutsche Volk vertreten war. Kuranda hat dem Frankfurter Parlamente, das trotz seiner Fehler und seiner politischen Unfruchtbarkeit schon durch seine nie dagewesene Vereinigung von Geist, Talent und Vaterlandsliebe immerdar eine stolze Erinnerung bleiben wird, nur etwa ein Vierteljahr angehört und ist dort nicht sonderlich hervorgetreten.*) Er hatte sich dem linken Zentrum angeschlossen, das gemäßigte liberale Tendenzen vertrat, die Volkssouveränität zwar als die einzige Grundlage der zu schaffenden Reichsverfassung betrachtete, die Unterordnung der Einzelstaaten unter die Einheitsidee verlangte, dabei aber doch (in dem jener Zeit eigenen, etwas verschwommenen Theoretisieren) die „Berücksichtigung der Einzelregierungen und die unabweisbaren Partikularbedürfnisse nicht völlig in Abrede stellte“.

Schon am 24. August 1848 teilte der Vorsitzende dem Parlamente den Austritt des Abgeordneten Kuranda mit. Eine Motivierung hatte dieser nicht gegeben. Der schier unlösbare Gegensatz zwischen dem historisch gewordenen, polyglotten Österreich und einem alle Deutschen umfassenden einigen Deutschland war wohl die tiefere Ursache dieses vorzeitigen Austritts.

Bald sehen wir Kuranda wieder in seinem eigentlichen Fahrwasser. Anfang Oktober 1848 gründete er in Wien die „Ostdeutsche Post“, die letzte große Zeitungsschöpfung der Wiener Revolution. „Die Kluft zwischen einer traurigen Vergangenheit und einer neuen Zukunft“ will er damit überbrücken. Er verlangt

*) Vgl. die neun Foliobände des „Stenographischen Berichts über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main.“

eine entschieden freiheitliche Monarchie, der Monarch selber solle nur der unverantwortliche und erbliche Präsident sein. Die Träger der Freiheit aber können, wie der Eröffnungsartikel ausführt, nur die Deutschen sein. Ein großes, starkes Österreich ist sein Ziel. „Aber wenn die Erhaltung dieses großen Österreich auch nur mit der kleinsten Gefahr für unsere Nationalität verbunden oder gar der Schwerpunkt der Monarchie nach slawischer Seite fallen sollte und die Autonomie des deutschen Willens von der slawischen Majorität bedroht würde — dann mag immerhin die Monarchie in Trümmer fallen! Dann ist es unsere heiligste Pflicht, das zu tun, was die Italiener und Kroaten gegen ihre Unterdrücker unternommen haben. Und wir haben die lebendige Kraft dazu, und wir haben auch das geschriebene Recht dazu; denn Österreich, das eigentliche Österreich ist zu allen Zeiten deutsch gewesen und muß auch für alle Zukunft deutsch bleiben.“ Kräftige Worte, die statt 1848 auch 1912 gesprochen sein könnten!

Aber die politisch maßvolle Stimme der „Ostdeutschen Post“ verhallte in diesem Wiener Oktober, wo schon die extremen Elemente zu Wort gekommen waren. Auch Kurandas Blatt wurde, als Windischgrätz Wien bezwungen, sistiert. Erst vom 18. Dezember 1848 an durfte es wieder erscheinen. Es litt unter den Quälereien des Belagerungszustandes. Kuranda mußte eine Zeitlang die Redaktion abgeben und durfte sie erst 1853 wieder übernehmen. Gerade um die Mitte der fünfziger Jahre aber hat die „Ostdeutsche Post“ ihre Blütezeit gehabt. Männer wie Eitelberger, Stubenrauch, Bauernfeld, Baron Cötövs, Pratobervera, Rudolf Balbel, Emil Kuh u. a. waren ihre Mitarbeiter. Kuranda selbst schrieb fleißig seine stets elegant adjustierten, kurzgefaßten und scharf pointierten Artikel. Das Blatt war — wie der durchaus nicht zum Lobredner geeignete Herbst sagte — unerreicht an vornehmem, würdigem und doch entschiedenem Ton, an unter schwierigsten Verhältnissen bewährter Unabhängigkeit und Gesinnungstüchtigkeit. Wie die Grenzboten einst ein Bindemittel zwischen Deutschland und Österreich gewesen in den bösen Zeiten des Vormärz, wurde die „Ostdeutsche Post“ in dem kaum minder schlimmen Reaktionsdezennium ein „Pionier der österreichischen Publizistik“.

Nicht eine politische Umgestaltung, sondern ein Zusammenbruch war das Ende des nachmärzlichen Absolutismus. Kuranda, der den halbkonstitutionellen und ganzföderalistischen Versuch des Oktoberdiploms von 1860 bekämpft hatte, schloß sich, wie alle liberalen Deutschösterreicher, mit Begeisterung an Schmerling an, den Schöpfer des Februarpatentes von 1861, das endlich eine wirkliche, wenn auch recht bescheiden zugeschnittene Verfassung bot. Am 20. März wählte ihn die innere Stadt Wien mit gewaltiger Mehrheit zu ihrem Abgeordneten in den Landtag und dieser ihn (nach dem System der indirekten Wahlen, das bis 1873 bestand) am 6. April in den Reichsrat. Beiden Körperschaften hat Kuranda von da ab ohne Unterbrechung bis zu seinem Tode, also durch drei- undzwanzig Jahre, angehört. „Von Schmerling bis Taaffe“ ließe sich seine

parlamentarische Laufbahn überschreiben. An allen Verdiensten, die sich die liberale deutsche Partei in diesem Vierteljahrhundert um die Ausbildung des österreichischen Konstitutionalismus erworben, hat Kuranda seinen Anteil; an den Irrtümern und Versäumnissen der „Herbstzeitlosen“ trägt er sein Maß geschichtlicher Verantwortung. Denn er war ein Mitleiter, ein Wortführer dieser Partei. An staatsrechtlicher Bildung stand er einem Mühlfeld und einem Herbst, an hinreißender Kraft einem Biskra nach. Als schlagfertiger, witziger, zündender Sprecher aber hatte er kaum seinesgleichen im österreichischen Abgeordnetenhaus der sechziger und siebziger Jahre, das an Talenten und Rednern wahrhaftig nicht arm gewesen ist. In dieser provisorischen Bretterbude vor dem Schottentor, dem „Schmerlingtheater“, wie die Ungarn höhnten, hat der österreichische Parlamentarismus ja doch seine schönsten Tage erlebt; und die großen staatsmännischen Gesichtspunkte in den Debatten wie den vornehmen Ton, die in diesem primitiven Volksvertretungsheim herrschten, möchte man sich in den prunkvollen Palast am Franzensring gern zurückwünschen.

Im Geiste des nach heutigen Begriffen vielleicht zahmen Liberalismus jener Tage und als Gegner der auf die Zerbröckelung Österreichs gerichteten föderalistischen Strebungen sprach Kuranda in den Jahren 1861 bis 1865 zu all den großen legislatorischen Fragen, zum Preß-, zum Heimats-, zum Handelsgesetz, sprach er in den Adreßdebatten, fungierte er als allezeit bestunterrichteter Referent über den Staatsvoranschlag. Sein Lieblingsthema aber waren die weittragenden Probleme der auswärtigen Politik. Nicht als ob die Zweite Kammer damals in Österreich irgendeinen bestimmenden Einfluß auf die internationalen Angelegenheiten geübt hätte; aber diese gehörten doch formell in ihren Wirkungskreis. Und Kuranda hat in diesen Dingen, zu denen er freilich nur sprechen konnte, viel richtigen Blick gezeigt. Er verlangte in der italienischen Frage eine endgültige Lösung, nicht durch die Waffen, sondern auf dem Wege friedlicher Verhandlung, und sprach es offen aus, daß der Verlust der letzten Besitzungen in Italien, dieses Erbteils der heiligen Allianz, für Österreich kein Unglück wäre. Mit schneidendem Hohn geißelte er Österreichs ungeschickte Hand, seine verhängnisvollen Mißgriffe in jenen Jahren, da die überlegene Kunst eines großen Mannes planvoll zum Bruche zwischen den zwei deutschen Großmächten trieb; mit prophetischem Blicke sagte er den unvermeidlichen Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland voraus, den sich der Habsburgerstaat im ungünstigsten Zeitpunkte aufdrängen ließ.

Kuranda, der Alt- und Großösterreicher, war durch die Katastrophe des Jahres 1866 aufs tiefste getroffen. Damals gab er seine „Ostdeutsche Post“ auf, deren deutsch-österreichische Ziele durch den Sieg Preußens zunichte geworden. Aber mit dem alten Eifer des gemäßigten Liberalen kämpfte er, wenn auch ohne die schöpferische Kraft eines Herbst oder eines Hasner, für die innere Reorganisation des cisleithanischen Österreich nach dem Ausgleiche, für die Aufhebung des Konfordsats, für die neuen Kirchen- und Schulgesetze. Daß der kleine Mann

mit der mächtigen Nase in der Karikatur der Wiener Witzblätter einen breiten Raum einnahm, ist nur ein Beweis seiner Bedeutung. In all den Wirrnissen und Verwicklungen, den nationalen Kämpfen, den staatsrechtlichen Experimenten und gründlichen Umgestaltungen, die Österreichs innere Geschichte seit dem Revolutionsjahre zum guten Teile ausmachen, war Ignaz Kuranda alt geworden. Er hatte den Höhepunkt seiner politischen Wirksamkeit lange überschritten, als er gemeinsam mit Herbst, Giskra, Demel, Kellersperg gegen Andrassys Orientpolitik scharfe Opposition machte. Nur einige jüngere aufstrebende Kräfte seiner Partei, Plener junior, Coronini, Walterskirchen, Ausspiz, Suez, bildeten die „bosnische Linke“ in den Delegationen. Die alte Garde der Verfassungspartei aber verharrete mit Herbst auf dem Standpunkte, daß das europäische Mandat zur Okkupation Bosniens ein gefährliches Präjudiz sei in einem Staate, der wie Österreich auf dem historischen Recht beruhe. Sie verweigerten dem Grafen Andrassy den Sechzig-Millionenkredit, den er vorerst für noch unbenannte Zwecke im März 1878 verlangt hatte; sie stemmten sich gegen die Okkupation, die sie nicht verhindern konnten. Mag man der liberalen deutschen Linken, die sich bald darauf, zum Teil durch ihre eigene Schuld, von der leitenden Rolle in Galizien verdrängt sah, auch in dieser Frage der äußeren Politik vorwerfen, daß sie ihre Zeit nicht verstand: man hat kein Recht anzunehmen, daß Kuranda auch in dieser Sache anders gesprochen und gestimmt hat, als seine Überzeugung ihm gebot.

Durch viele Jahre hat er dem Wiener Gemeinderat angehört, zu einer Zeit, da dieser Stadtvertretung nach dem Falle der alten Befestigungswerke große Aufgaben zufielen. Die Großkommune, in der damals der Massenhaß noch keinen Boden gefunden hatte, zeichnete ihn anlässlich seines siebenzigsten Geburtstages durch das Ehrenbürgerrecht aus. In weiten Kreisen genoß der rechtschaffene, geradsinnige Mann, der fremdes Verdienst so gern anerkannte und der auch in den Zeiten des berühmten „volkswirtschaftlichen Aufschwungs“ seine Hände rein erhalten hatte, Liebe und Achtung. Eduard Herbst, selbst ein Träger der lautesten öffentlichen Moral, feierte in Kuranda den alten Kampfgenossen, der unter allen Umständen jene Grundsätze hochgehalten habe, zu deren Festigung in der Bevölkerung Österreichs er vielleicht mehr als irgendein anderer beigetragen hatte.

Kuranda, der schon seit einiger Zeit an einem Herz- und asthmatischen Leiden erkrankt war, nahm am 14. März 1884 noch an einer Sitzung der Nordbahndirektion teil und erschien an diesem Tage auch im Abgeordnetenhaus. Tags darauf warf ihn ein schwerer Anfall seines Leidens nieder. Am 29. März verlor er das Bewußtsein, das von da ab nur auf kurze Zeit zurückkehrte. Den homo politicus verfolgten die öffentlichen Angelegenheiten in seine Delirien. Er hielt Reden, stellte Anträge, nannte die Namen von Deputierten, verlangte aufzustehen, um sich ins Parlament zu begeben. Von seiner Familie umgeben, endete er am 4. April 1884, halb vier Uhr nachmittag.

Das abschließende Urteil über Ignaz Kuranda wird kein anderes sein, als daß er ein Mensch von makellosem Charakter, ein Politiker nicht von führender Qualität, aber von parlamentarischer Befähigung und scharfem Urteil war. Als Publizist steht er nach seinem Talent und nach seinen weit über den Rahmen der Zeitung hinausreichenden Erfolgen für alle Zeit in erster Reihe.



Parlament und Wahlprüfungsjustiz

Von Dr. jur. Moritz de Jonge-Köln



I l y a dans chaque Etat trois sortes de pouvoirs — so beginnt Montesquieu das berühmte sechste Kapitel des elften Buches seines „Esprit des lois“ und unterscheidet dann im einzelnen die „puissance legislative“, die „puissance de juger“ und die „puissance exécutive“. Nachdem um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts der große Franzose diese Lehre von der Teilung der Gewalten, die die Grundlage und Voraussetzung aller staatsrechtlichen Gerechtigkeit ist, verkündete, verging noch ein Jahrhundert, bis sie in der Staatspraxis mehr und mehr Geltung erlangte. Aber noch heute harret sie vergeblich voller Erfüllung und Anerkennung. Gerade heute müssen wir z. B. wieder erleben, daß die „Freirechtswegung“ für den Richter die Funktionen des Gesetzgebers sich anzueignen versucht. Die Tätigkeit der Verwaltung ist trotz der Einführung und segensreichen Wirksamkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit (in Preußen, Deutschland) immer noch nicht frei von richterlichen und gesetzgeberischen Aspirationen. Und in den Rechten der Parlamente finden wir, wie Fremdkörper eingesprengt, richterliche Befugnisse. In einer der jüngsten Verfassungen, der 1904 eingeführten Verfassung der Republik Panama, werden gar mit fast tendenziöser Betonung dem Parlament Rechte auf allen drei Gebieten eingeräumt, indem im Titel VI („Die Gesetzgebung“) ausdrücklich unterschieden wird: „Die gesetzgeberische Tätigkeit der Nationalversammlung“ (Art. 65), „Die Verwaltungstätigkeit der Nationalversammlung“ (Art. 67) und „Die richterliche Tätigkeit der Nationalversammlung“ (Art. 66).

Eine der wesentlichsten richterlichen Obliegenheiten der meisten Parlamente, sowohl der deutschen wie der außerdeutschen, ist die Wahlprüfung, die Entscheidung über die Legitimation ihrer Mitglieder.

Während sich in vielen konstitutionellen Staaten das parlamentarische Recht der Wahlprüfung gewohnheitsrechtlich entwickelt hat, ist es in anderen, zumal neueren, Verfassungen ausdrücklich festgelegt. Eine dem Art. 27, 1 der Reichs-